

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa,
Grunz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riechen.

Postfachkonto: Dresden 1599
Circulose Riesa Nr. 22.

Nr. 191.

Sonnabend, 16. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Werbespalt-Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuchschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt 10%, wenn der Verlag verkauft, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gutschke Nr. 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. H. Telchardner, Riesa; für Einzelteile: Wilhelm Dittich, Riesa.

Eine halbe Lösung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der Streit um die militärische Räumungsfrage ist durch das Eingreifen der Engländer und Amerikaner zu Gunsten des französischen Standpunktes beeinflusst worden. MacDonald hat in eindeutiger Weise den deutschen Hauptdelegierten gegenüber erklärt, er sei mit Herriot vollkommen einig in der Auffassung, daß eine einjährige Räumungsfrist für Deutschland hinreichend sei und absolut kein Grund vorliege, weitergehende Forderungen der deutschen Regierung zu unterstützen. Es ist begreiflich, wenn die deutsche Delegation in London zeitweise daran dachte, die Verhandlungen abzubrechen, aber nach Lage der Dinge konnte und durfte die deutsche Delegation nichts anderes tun, als auf ihrem Posten auszuhalten und versuchen, die gänzlich verfahrenene Situation wieder auszugleichen.

Stimmzahl ist zwar der Fortgang der Verhandlungen gesichert, und man hat auch eine Linie gefunden, auf der die Erdzierungen forsorgebet werden können. Es besteht aber die große Gefahr, daß die auf dem Wege der alliierten Einheitsfront erzwungene Nachgiebigkeit Deutschlands dazu ausgenutzt werden wird, um noch andere Bedingungen zu ungunsten Deutschlands stärker zu formulieren. Man kann noch nicht voraussagen, wie die Verhandlungen enden werden, da die deutsche Delegation keinen Zweifel darüber läßt, daß sie am Ende ihres Entgegenkommens angelangt ist.

In den Berliner politischen Kreisen hat man sich wieder einigermaßen beruhigt, aber es ist unverkennbar, daß eine außerordentliche Mißstimmung zurückgeblieben ist, die bei den kommenden parlamentarischen Entscheidungen sehr hart zur Auswirkung kommen dürfte. Besonders in den deutsch-nationalen Kreisen sieht man die Situation sehr pessimistisch an und glaubt, Veranlassung zu haben, schon jetzt auf die Möglichkeit einer Ablehnung der Ausführungsmaßnahme durch die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hinzuweisen zu müssen. Die Pariser Führer-Versprechung, die im Anschluß an die Rückfragen der deutschen Delegation stattfand, verlief außerordentlich brennend. Man konnte beobachten, daß sich zwei Richtungen sehr scharf gegenüber stehen. Die rechtsstehenden Gruppen wenden sich gegen jede Nachgiebigkeit seitens der deutschen Delegation in London, während die Mittelparteien und die Sozialdemokratie davor warnen, einen Abbruch der Londoner Konferenz herauszubekommen.

Es scheint, daß es kein absolut glücklicher Einfall des Außenministers Dr. Stresemann war, die Verhandlungen über die militärische Räumungsfrage auf die technischen Kleinigkeiten der einzelnen Räumungsfristen festzulegen. Man ist in den Berliner politischen Kreisen der Meinung, daß es weit besser gewesen wäre, wenn man deutschseits über die Rechtsgarantien der militärischen Räumung verhandelt hätte. Man hätte viel mehr Wert darauf legen müssen, die Verpflichtung Frankreichs auf Zurückziehung der Truppen auf juristischer Grundlage festzusetzen, als darüber zu streiten, ob die Räumung bis zum 10. Januar 1925 oder bis zum 15. August 1925 beendet sein soll. Wenn es sich hierbei auch um einen Unterschied von mehr als sechs Monaten handelt, so ist doch im Prinzip für Deutschland die Frage viel wichtiger, daß die Franzosen das Ruhrgebiet räumen müssen und Deutschland entscheidende Rechtsgarantien erhält. Wir glauben zu wissen, daß die deutsche Delegation in London nunmehr versucht wird, das Verabkommene nachzuholen. Das es abermals zu einem schweren Konflikt kommen wird, ist nicht unwahrscheinlich, aber man glaubt, daß die größten Schwierigkeiten bereits überwunden sind.

Amerika und die Kriegsschulden.

Die amerikanische Regierung will den Wind mit dem Jauchzahn, den die alliierten Regierungen schon wiederholt im Verlaufe der Londoner Konferenz bezüglich der Tilgung der Kriegsschulden gegeben haben, nicht verfehlen. Nicht nur dies, sondern sie zeigt sich auch einigermaßen verwundert über die Hartnäckigkeit der europäischen Kabinette. Seit acht Tagen werden in Washington offizielle und offizielle Erklärungen abgegeben, die jedesmal wiederzugeben sich kaum verlohnt, da sie mit verschiedenen Worten immer wieder das gleiche betonen: Amerika kann sich auf eine Erörterung über Verabreichung oder gar Tilgung der Kriegsschulden der Alliierten, besonders Frankreichs und Italiens, nicht einlassen, da der Kongreß gesetzlich festgelegt hat, daß diese Schulden restlos einzutreiben seien. Bekanntlich tritt erst im Frühjahr ein neu gewählter Kongreß zusammen. Es erscheint im höchsten Maße fraglich, daß bis dahin in der Schuldenfrage eine einschneidende Meinungsänderung eintreten könnte. Mit ganz verschwimmenden Ausnahmen erklärt sich die öffentliche Meinung nach wie vor für Aufrechterhaltung der Ansprüche Amerikas an Europa. Dabei spielt die Erwägung keine geringe Rolle, daß eine andere Politik lediglich neue Rüstungen Frankreichs begünstigen würde. Dabei ist auch kein Mißverständnis darüber möglich, daß die Teilnahme von Vertretern Amerikas an der Pariser Finanzkonferenz ausschließlich der Wahrung der amerikanischen Ansprüche auf Ersatz seiner Rheinland-Belastungskosten dienen soll. Jeder Versuch seitens der Alliierten aber, die Schuldenfrage aufzurollen, könnte nur dazu führen, daß Amerika die kalte Schulter zeigt.

Verstärkung des Völkerbundesrates.

Paris. (Funkpruch.) Nach einer Zeitungsmeldung aus Genf soll Großbritannien die Absicht haben, der Völkerbündungsversammlung im September eine Verneuerung der ständigen und nichtständigen Mitglieder des Völkerbundesrates vorzuschlagen. Es werde dabei wohl an den etwaigen künftigen Eintritt neuer Staaten in den Völkerbund gedacht.

Das Endstadium der Londoner Verhandlungen.

Ein deutscher Gegenvorschlag.

Berlin, 16. August. Die entscheidenden Minister- und Parteiführer-Versprechungen in Berlin sind zu dem Ergebnis gelangt, daß ein Abbruch der Londoner Verhandlungen unter allen Umständen vermieden werden soll. Die deutsche Delegation ist durch den Berliner Ministerrot ermächtigt worden, einen Gegenvorschlag einzureichen, der die deutsche Räumungsbeförderung enthält, im übrigen aber neue Verhandlungen auf der Basis des französischen Räumungsplanes zuläßt. Durch diesen Beschluß ist die Londoner Konferenz vorläufig gerettet. Bei der Besprechung mit den Parteiführern zeigte sich jedoch, daß die Auffassung nicht einheitlich ist, und jetzt alles davon abhängt, ob die entscheidenden Verhandlungen eine für Deutschland erträgliche Lösung ergeben. Wahrscheinlich für die entgegenkommenden Beschlüsse des Berliner Ministerrot's war der Umstand, daß Deutschland nicht die Verantwortung für ein Scheitern der Londoner Konferenz auf sich laden will.

Die Antwort auf die Rückfrage der deutschen Delegation ist am Freitag mittag am telegraphischen Wege von Berlin abgegangen. Auf Grund dieser Antwort hat Reichskanzler Dr. Marx sofort die Verhandlungen mit den Londoner Konferenzmächten wieder aufgenommen.

Die deutsche Antwort.

Die in London eingegangene Antwort aus Berlin ist sehr umfangreich, sie umfaßt 7000 Worte, sie sagt weder ja noch nein, sondern enthält den Versuch, bessere Bedingungen zu verlangen. Diese Bedingungen sind: Räumung von Ruhrort, Verminderung der Besatzungsstruppen, Räumung verschiedener Städte, Luftschiffarmierung der Besatzung, weniger Machtbefugnisse der internationalen Rheinlandkommission und schriftliche Zusicherung aller die Ruhr-Räumung betreffenden Versprechungen. In alliierten Kreisen wird jeder Versuch auf bessere Bedingungen nicht mehr für ernst genommen. Man sieht in der deutschen Antwort allgemein die Ausnahme der Ruhrbesetzung nach Herriot'scher These.

Die Entscheidung.

Nach den letzten in Berlin eingetroffenen Meldungen sind die Londoner Verhandlungen in das Endstadium eingetreten. Die Führer der deutschen Delegation haben nach angegebener Rücksprache mit Berlin gestern abend zum MacDonald und später Herriot die von allen Beteiligten lang erarbeitete Antwort überreicht. Damit ist die Entscheidung im wesentlichen bereits gefallen. Die Räumungsfrage ist bis zum letzten Augenblick der kritische Höhepunkt der Verhandlungen gewesen. In der kritischen Frage der Zurückziehung der 4000 französischen Eisenbahner im besetzten Gebiet liegt von Frankreich die verbindliche Erklärung vor, daß es auf diese Forderung verzichtet. Sämtliche französischen belagerten Eisenbahner werden nach den Bestimmungen zurückgezogen, die für die Ubergabe der Rheinlandbahnen im Eisenbahnstatut vereinbart sind. Frankreich wird nur in seinem Besatzungscontingent eine kleine Garnison zurücklassen, um für den Fall der Befreiung des Unterwaldes der französischen Truppen gesichert zu sein. Sie gelten als Truppe und werden nicht in den Eisenbahndienst einbezogen, wie es mit den 4000 Eisenbahnern beabsichtigt war. In der Räumungsfrage war eine Verzögerung der Frist vor dem 15. August 1925 als äußerster Räumungstermin trotz aller Bemühungen nicht zu erzielen.

Die deutsche Delegation hat nunmehr noch folgende Forderungen angemeldet: Das französisch-belagerte Räumungsversprechen soll ausdrücklich in das Schlußprotokoll der Londoner Konferenz aufgenommen werden, so daß die übrigen Konferenzmächte mit ihrer Unterschrift als Garantien dieses Abkommens gelten. Die bisher unetzrüglichen Besatzungsmaßnahmen müssen eine Milderung und Regelung erfahren, durch die das Eingreifen der Besatzungsorgane unter dem Vorwand der Wahrung ihrer Würde und Sicherheit beschränkt und das Rheinlandabkommen in lokaler Form angewendet wird. Dies für würde die Vermittlung einer schiedsrichterlichen Instanz notwendig sein. Die drei Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort müssen mit dem Ruhrgebiet vollkommen gleich behandelt und geräumt werden. Auch geht es nicht an, bei teilweiser Räumung die aus den geräumten Gebieten zurückgezogenen Truppen in den noch besetzten Gebieten zu konzentrieren und damit dessen Kosten zu erhöhen.

Bei der deutschen Delegation in London liegen Anknüpfungspunkte dafür vor, daß Herriot zum Zeichen seines guten Willens gleich nach Unterzeichnung des Schlußprotokolls mit der Räumung an bestimmten Stellen und einer Verminderung der Besatzungsstruppen beginnen wird, zumal nach dem Dawesgutachten die Kosten der weiteren Besetzung ausschließlich zu Lasten des Besetzenden gehen. Die deutschen Forderungen sind noch Gegenstand der Verhandlungen und die letzte endgültige Entscheidung wird von der Stellungnahme Herriots zu ihnen abhängen.

Ein Zwischenfall Herriot—Macdonald.

Während des gestrigen Nachmittags haben die deutschen Minister Beratungen abgehalten. In Erwartung der deutschen Antwort waren die Delegationsführer vormittags 10.30 Uhr in der Downingstreet zusammengetreten, sie haben

bis 1 Uhr gelagt. Herriot benutzte die Gelegenheit, um erneut seinen Kollegen den französischen Standpunkt in der Frage der Räumung des Ruhrgebietes auseinanderzusetzen. Es ist zwischen ihm und dem englischen Ministerpräsidenten zu einem erregten Zwischenfall gekommen, als MacDonald Herriot nahelegte, er möge die einjährige Frist für die Räumung des Ruhrgebietes verkürzen. MacDonald begründete seine Bitte mit dem Umstand, daß die deutschen Delegierten durch ihre Verpflichtungen gegenüber dem Berliner Kabinett gebunden seien und daß andererseits der Beschluß der Konferenz die katastrophalen Folgen nach sich ziehe. Da bisher keine Einigung über das Prinzip der militärischen Räumung erzielt worden sei, fügte MacDonald hinzu, wäre eine großzügige Geste angebracht, und die letzten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die anwesenden Delegationsführer sahen einander verärgert an und verhielten sich schweigend.

Englische Pressestimmen.

London. (Funkpruch.) Die Blätter haben hervor, es besteht jetzt die Hoffnung, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes heute geregelt und damit das letzte Hindernis für den Erfolg der Londoner Konferenz beseitigt wird. In den Zeitungen wird darauf hingewiesen, daß im Interesse einer Lösung sowohl von französischer als auch von deutscher Seite Zugeständnisse gemacht werden müßten. Man spreche die Hoffnung aus, daß mit der Räumung des Ruhrgebietes sobald wie möglich noch vor dem vereinbarten Zeitpunkt begonnen werde. Die Blätter betonen, daß Herriot angesichts seiner schwierigen innerpolitischen Stellung den Zeitpunkt der Ruhr-Räumung nicht vor Verlauf eines Jahres habe festsetzen können, ohne dadurch den Sturz seiner Regierung herbeizuführen, was eine politische Katastrophe bedeuten würde. „Daily Herald“ schreibt, von Anfang an sei klar gewesen, daß der Erfolg der Ruhr-Räumung der Londoner Konferenz von der Bereitschaft der Franzosen abhängig sei. Ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen. Das Blatt betont, daß Herriot geküßert worden wäre, wenn er zugestimmt hätte und die französischen Truppen sofort aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen worden wären, und daß dies von Poincaré ausgenutzt worden wäre. Es sei vollkommen möglich, daß die Franzosen, wenn sie erkennen, daß sie die gesamten Ausgaben für das Abenteuer Poincaré bezahlen müssen, froh sein würden, die Räumung noch vor einem Jahre zu bewirken. „Daily Herald“ hebt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den französischen und deutschen Delegierten auf der Londoner Konferenz hervor, die viel dazu beigetragen haben, gegenseitiges Wohlwollen zu wecken. „Westminster Gazette“, die darauf hinweist, daß der Dawes-Plan mit der Fortdauer der Ruhrbesetzung unvereinbar sei, schreibt, das einzige Argument für die Fortdauer der Besetzung während eines Jahres scheine zu sein, daß die französische öffentliche Meinung für eine frühere Räumung nicht vorbereitet sei und daß Herriot kürzen würde, wenn er zustimme. Das liberale Blatt macht Herriot und die britische Regierung für jeden Mißerfolg, der in der Wirksamkeit des Dawes-Planes infolge der Fortdauer der Besetzung eintritt, verantwortlich. „Daily Telegraph“ schreibt, es erscheine sicher, daß die Londoner Konferenz gerettet worden sei. Das Blatt betont, daß die deutschen Delegierten sehr scharf um einen früheren Zeitpunkt der Ruhr-Räumung gekämpft haben. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß auch Herriot einen starken Kampf mit seinen eigenen militärischen Ratgebern hatte, bevor er in der Lage war, ihre Zustimmung sogar zur Zurückziehung nach Jahresfrist zu erhalten. Wenn er nachgegeben hätte, so würde er einer Abbruchklärung seines Kabinetts gegenüber gestanden haben. Der Sturz Herriots im gegenwärtigen Augenblick würde jedoch eine politische Katastrophe von großer politischer Bedeutung gewesen sein. „Daily Chronicle“ schreibt, es bestehe alle Aussicht, daß die Londoner Konferenz heute zu einem erfolgreichen Abschluß gelange. „Daily Mail“ nimmt an, daß heute nachmittag oder heute abend die endgültige Vollendung der gesamten Konferenz stattfinden werde. „Times“ läßt es dagegen nicht für wahrscheinlich, daß eine Vollendung schon heute eintreten werde.

Noch zu erledigende Punkte.

Außer der Regelung der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes waren laut einer Dawes-Meldung noch folgende Punkte zu erledigen: 1. Bericht der juristischen Sachverständigen über die Auslegung des Dawes-Gutachtens; 2. Festlegung eines endgültigen Textes über die Rückkehr der ausgewiesenen deutschen Beamten nach dem besetzten Gebiet; 3. Begleitfahrenden zu dem Schlußprotokoll der Konferenz. Frankreich wird in dieses einen allgemeinen Vorbehalt aufnehmen lassen, monach sämtliche in London zur Ausführung des Sachverständigen-Berichts getroffenen Abmachungen hinsichtlich werden, wenn der Bericht nicht zur Anwendung gelangen sollte. 4. Bitte der Sachverständigen, die Deutschland zu leisten haben wird, unter besonderer Berücksichtigung der Farbhofflieferungen. 5. Die Londoner Konferenz wird feststellen haben, ob die Sachlieferungen auf Grund des Versailler Vertrages Anlaß zur Feststellung von Verfehlungen geben können. 6. Regelung der internationalen Schuldenfrage. Es wird innerhalb der Konferenz eine prinzipielle Verständigung über die internationalen Schuldenfrage herbeigeführt werden müssen.